

April 2015

Newsletter „HZG im Dialog“

der Begleitgruppe „Stilllegung Atomanlagen des HZG (ehem. GKSS)“ und des Helmholtz-Zentrums Geesthacht

HZG-Dialog-Prozess besteht erste Bewährungsprobe

Seit Sommer 2014 wird im Rahmen des Dialog-Prozesses zur Stilllegung der Atomanlagen des ehemaligen GKSS-Forschungszentrums kontrovers diskutiert. Begleitgruppe und Betreiber liegen in ihrer Einschätzung der Rechtsgrundlage für die Lagerung des Reaktordruckbehälters des stillgelegten Atomschiffes „Otto Hahn“ weit auseinander.

Worum geht es dabei konkret?

1981 wurde der 480 Tonnen schwere Reaktordruckbehälter (RDB) des stillgelegten Atomschiffes „Otto Hahn“ des ehemaligen GKSS-Forschungszentrums brennstofffrei in einem dafür eigens errichteten Betonschacht auf dem Gelände des Geesthachter Forschungszentrums eingelagert. Die zuständige Atomaufsicht in Kiel erteilte damals die Genehmigung zur „Lagerung von Komponenten des Nuklearschiffes "Otto Hahn" für wissenschaftliche Untersuchungen“.

Aus Sicht des HZG ist diese Genehmigung weiterhin gültig, auch wenn spätestens mit dem Aufsichtsratsbeschluss von 2008 die Entscheidung getroffen wurde, die Forschung in den Atomanlagen am Standort Geesthacht einzustellen.

Aus Sicht der Begleitgruppe ist die Befürchtung der Umweltinitiativen eingetroffen, dass seit den 90er Jahren, spätestens aber mit der Entscheidung zur Stilllegung der Forschungsreaktoranlage der RDB in Geesthacht zwischengelagert wird. Aus ihrer Sicht liegt hier der Verdacht nahe, dass die Forschungsgenehmigung missbraucht wurde, um die Probleme mit der Atommüllentsorgung zu verschleiern.

In den alten Mustern der Auseinandersetzung zwischen Betreibern von Atomanlagen und Anti-Atom-Bewegung wäre dies das Ende der Gespräche und der Beginn gegenseitiger Beschuldigungen gewesen. Die Stärke des konsensorientierten Dialogs zeigt sich an dieser Stelle daran, dass nun neue Wege des Miteinanders eingeschlagen werden.

In einem ersten Schritt wurde im Oktober 2014 die Öffentlichkeit in einer gemeinsamen Presserklärung über den bestehenden Dissens informiert (LINK). Beide Seiten bekunden dabei ihr Verständnis für den jeweiligen Standpunkt der Gegenseite.

Parallel dazu hat sich die Begleitgruppe mit ihren Bedenken und der Bitte um rechtliche Prüfung an die Atomaufsicht im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Kiel (MELUR) gewandt.

Das Antwortschreiben des MELUR stützt die Haltung des HZG, dass die Genehmigung rechtskräftig ist, da die „Lagerung für wissenschaftliche Untersuchungen“ nicht zwingend daran gebunden ist, dass dann auch wirklich Forschungsarbeiten durchgeführt werden. Aus Sicht der Begleitgruppe ist diese Haltung nicht nachvollziehbar. Wie häufig in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Atomkraft stellt die Begleitgruppe hier die Frage, ob alles, was legal ist, auch legitim und moralisch vertretbar ist. Auf der rein praktischen Seite hat die Initiative der Begleitgruppe aber nun zu einer für alle Beteiligten positiven Entwicklung geführt. Sowohl der schleswig-Holsteinische Umweltminister Robert Habeck als auch Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, haben das Thema aufgegriffen und sich für eine zügige Lösung stark gemacht. Entgegen der ursprünglichen Planung – sie sah vorbereitende Arbeiten zum weiteren Umgang ab 2018 und den Beginn der Rückbaumaßnahmen ab 2021/22 vor – kann das HZG nun schon für 2015 € 500.000,- für die Erstellung von Antragsunterlagen einplanen. Und auch für die kommenden Schritte ist aus dem für die Finanzierung zuständigen Bundesministerium Unterstützung zugesagt. Auf Wunsch der Begleitgruppe hat das HZG nun den atomkritischen Physiker Wolfgang Neumann beauftragt, das bisher vorliegende Zerlegungskonzept und den Umgang mit dem entstehenden Atommüll zu bewerten. Sowohl die Begleitgruppe als auch das HZG sehen in dieser Entwicklung einen positiven Schritt zu einer befriedigenden Lösung im Umgang mit dem RDB der „Otto Hahn“. Damit hat der Dialog-Prozess seine erste Bewährungsprobe bestanden und bewiesen, dass es auch beim sehr umstrittenen Umgang mit Atommüll möglich ist, auf der Sachebene gemeinsam nach Lösungen zu suchen, obwohl man in der politischen Bewertung weit voneinander abweicht.

Weitere Infos unter: www.hzg.de/dialog